

**Der Bundesminister des Innern**  
Vt I 2 – 3908 – 394/71

Bonn, den 23. Juni 1971

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

**Betr.: Fortführung der Suchdienstarbeiten des Deutschen  
Roten Kreuzes und der kirchlichen Wohlfahrtsverbände;  
hier: Bericht über den Stand der Arbeiten am 31. De-  
zember 1970**

**Bezug: a) Bericht des Bundesministers für Vertriebene, Flücht-  
linge und Kriegsgeschädigte vom 21. Dezember 1967  
– Drucksache V/2435 –**

**b) Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. Juni  
1968  
– Drucksache V/2816 (neu) –**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 184. Sitzung am 28. Juni 1968 den durch den damaligen Herrn Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte vorgelegten Bericht über die Fortführung der Suchdienstarbeiten des Deutschen Roten Kreuzes und der kirchlichen Wohlfahrtsverbände vom 21. Dezember 1967 gebilligt und die Bundesregierung ersucht, bis zum 30. Juni 1971 einen weiteren Bericht über die Suchdienstarbeiten für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1970 vorzulegen. Diesem Ersuchen wird mit nachstehendem Bericht entsprochen.

1. Nach dem Bericht der Bundesregierung vom 21. Dezember 1967 haben die Suchdienststellen des Deutschen Roten Kreuzes und der kirchlichen Wohlfahrtsverbände bei der Behandlung der Suchanträge von Angehörigen in dem von dem

Herrn Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung überprüften Zeitraum von 1960 bis 1965 insgesamt 248 570 Schicksale geklärt; das in dem Bericht ebenfalls erfaßte Jahr 1966 brachte weitere 31 960 Klärungen. In den sieben Jahren von 1960 bis 1966 fanden also insgesamt 280 530 Suchanträge ihre Erledigung.

In den vier Jahren von 1967 bis 1970, über die hier berichtet wird, wurden insgesamt 269 033 Vermissenschicksale geklärt, davon im Jahre 1970 allein 120 775. Die in den einzelnen Jahren geklärten Fälle und im Vergleich dazu die Zahl der neuen Suchanträge zeigt nachstehende Übersicht:

Jahr	Geklärte Fälle	Neue Suchanträge
1967	20 975	25 008
1968	47 802	26 231
1969	79 481	18 809
1970	120 775	19 367
	zusammen 269 033	89 415

Nach dem Stande vom 31. Dezember 1970 lagen bei den Suchdienststellen noch von Angehörigen gestellte Suchanträge vor nach

1 093 451 Wehrmachtvermißten,

138 302 verschollenen Zivilverschleppten und Zivilgefangenen,

6 596 Kindern und Eltern im Rahmen des Kindersuchdienstes und

833 324 Vermißten aus den Vertreibungsgebieten (etwa 50 % dieser Personen werden auch als Wehrmachtvermißte, Zivilverschleppte, Zivilgefangene oder im Rahmen des Kindersuchdienstes gesucht).

- Die erhebliche Steigerung der Schicksalsklärungen in den letzten Jahren ist auf die laufend verbesserten Nachforschungsmethoden zurückzuführen. Das gilt vornehmlich für eine für den Kreis der Wehrmachtvermißten vom Deutschen Roten Kreuz entwickelte Methode zur Klärung von Einzelschicksalen aus der Einheitengruppe. Sie faßt die Wehrmachtvermißten gleicher militärischer Einheit, mit gleichem Zeitpunkt und gleichem Ort der letzten Meldung, in Gruppen zusammen und leitet durch Auswertung aller materiellen Quellen (Vermißenbildlisten, Verschollenenakten, Registrierkarten, Literatur und Kartenmaterial) aus dem Schicksal der Gruppe das Einzelschicksal eines Vermißten ab. Die Anwendung dieser Methode war erst möglich, nachdem hinreichend detaillierte Unterlagen über den Ablauf des Kriegsgeschehens zusammengetragen waren. Nach ersten Anfängen in den Jahren 1965 und 1966 wurden von 1967 bis 1970

insgesamt 300 334 Vermißtenfälle nach dieser Methode überprüft. Dabei wurden 171 668 Fälle geklärt. Für weitere 36 740 Fälle ergaben sich aus dem Gruppenschicksal Anhaltspunkte, die auf eine Gefangennahme hindeuten, und die damit die Möglichkeit für eine Anfrage beim Sowjetischen Roten Kreuz geschaffen haben. Nach dem gegenwärtigen Stand sollen noch weitere 240 000 Fälle überprüft werden. Das wird bis Ende 1972 geschehen. Ob und in welchem Umfange es notwendig sein wird, auch nach 1972 die Schicksalsklärung nach dieser Methode für weitere Vermißtenfälle fortzusetzen, ist einer besonderen Prüfung vorbehalten.

3. Die Suchdienstarbeit ist durch die gute Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Roten Kreuz und den nationalen Rotkreuz-Gesellschaften des Auslandes wesentlich erleichtert worden. So sind vom Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes allein an das Sowjetische Rote Kreuz bis Ende 1970 insgesamt 220 663 Anfragen gerichtet worden. Von den darauf bisher eingegangenen 207 733 Antworten waren 50 536, also fast 25 v. H., schicksalklärend. Die Zusammenarbeit soll nach einer Absprache zwischen den beiden Rotkreuz-Gesellschaften auch in den nächsten Jahren planmäßig fortgesetzt werden. Wegen der nur begrenzten Möglichkeiten der Suchdienstabteilung des Sowjetischen Roten Kreuzes, Suchanfragen entgegenzunehmen, ist der zeitliche Ablauf dem Einfluß des Deutschen Roten Kreuzes entzogen. Die Zahl der noch zu stellenden Suchanträge wird deshalb die Fortführung dieses Teils der Suchdienstarbeit über das Jahr 1972 erforderlich machen.
4. Im Berichtszeitraum wurden 89 415 neue Suchanträge gestellt. Diese verhältnismäßig immer noch große Zahl erstmalig gestellter Anträge dürfte zu einem erheblichen Teil von Aussiedlern stammen, die erst nach ihrem Eintreffen im Bundesgebiet von den Nachforschungsmöglichkeiten erfahren. Mit einer gleichbleibenden Zahl ist auch künftig zu rechnen.
5. Eine besondere Bedeutung in der gesamten Suchdienstarbeit kommt der Auskunftserteilung aus den Sachdienstunterlagen an Behörden und Einzelpersonen zu. Die Anfragen betreffen überwiegend Versorgungs- und Personenstandsfragen, bei den Heimatortskarteien des Kirchlichen Suchdienstes auch Lastenausgleichsangelegenheiten. Nach dem Bericht der Bundesregierung vom 21. Dezember 1967 sind in der Zeit von 1960 bis 1965, also in sechs Jahren, insgesamt 2 695 542 Auskünfte erteilt worden. Demgegenüber sind in der Zeit von 1966 bis 1970, also in fünf Jahren, insgesamt 3 088 619 Auskünfte gegeben worden, davon

1966	=	485 442
1967	=	557 571
1968	=	614 307
1969	=	713 320
1970	=	717 979
		3 088 619.

Eine Verringerung des Arbeitsanfalles ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

6. Die Bundesregierung sieht sich durch die Arbeitsergebnisse des Suchdienstes in der Zeit von 1967 bis 1970 in ihrer im Bericht vom 21. Dezember 1967 vertretenen Auffassung über die Fortführung der Suchdienstarbeiten bestätigt. Danach werden die Suchdienstarbeiten im bisherigen Umfang noch bis Ende 1972 – bei Einbeziehung von weiteren Wehrmachtvermißtenfällen in die Aktion „Klärung von Einzelschicksalen aus der Einheitengruppe“ möglicherweise noch bis Ende 1973 – fortgeführt werden müssen, von da ab jedoch weitgehend auf Auskunftserteilungen beschränkt werden können.

Die Fortführung der Suchdienstarbeiten im bisherigen Umfang ist in der Finanzplanung des Bundes bis 1972 (Haushaltsansatz 1971 und Voranschlag 1972 je rd. 7,3 Mio DM), die weitgehende Beschränkung der Suchdienstarbeiten auf Auskunftserteilungen aus den Suchdienstunterlagen in der Finanzplanung des Bundes ab 1973 (eingeplanter Finanzbedarf ab 1973 rd. 4,5 Mio DM jährlich) berücksichtigt. Ob und inwieweit eine Erhöhung des für 1973 eingeplanten Finanzbedarfs wegen der Fortführung der aktiven Nachforschungsarbeiten notwendig sein wird, ist im Zusammenhang mit der Arbeitsplanung des Suchdienstes für das Jahr 1973 zu entscheiden.

**Genscher**